<table>
<thead>
<tr>
<th>Gl.-Nr.</th>
<th>Seite</th>
<th>Gl.-Nr.</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>I. Amtlicher Teil</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>21341</td>
<td>Bau von Schulen und Förderung des Schulbaus</td>
<td>520</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>21341</td>
<td>Kostenrichtwerte im Schulbau</td>
<td>525</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2163</td>
<td>Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen in Rheinland-Pfalz</td>
<td>526</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Stellenausschreibung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz</td>
<td>530</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Stellenausschreibung der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau</td>
<td>530</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Stellenausschreibungen an Deutschen Auslandschulen</td>
<td></td>
<td></td>
<td>531</td>
</tr>
<tr>
<td>Stellenausschreibungen im Schulbereich, in der Schulaufsicht und an Studienseminaren</td>
<td></td>
<td></td>
<td>532</td>
</tr>
</tbody>
</table>

II. Nichtamtlicher Teil

| „Sodalrink meets Software“ – neue Runde des Landeswettbewerbs „Leben mit Chemie“ | 540 |
I. Amtlicher Teil

21341
Bau von Schulen und Förderung des Schulbaus
Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung
vom 5. Dezember 2023
(0512-0001#2023/0010-0901 9105)

Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen und
dem Ministerium des Innern und für Sport wird folgende
Verwaltungsvorschrift erlassen:

Präambel

Das Land Rheinland-Pfalz sieht in der Förderung von Schulbaumaßnahmen ein bildungs-, sozial-, struktur-, umwelt- und
kommunalpolitisches Finanzierungsinstrument. Ziel ist die
zukunftsfähige und nachhaltige Gestaltung pädagogisch ge-
nutzter Fläche, die auch die räumlichen Voraussetzungen für
Inklusion ermöglicht. Es gilt, Schulgebäude als attraktiven
Lebensraum, in dem Erziehung, Bildung, Erlebnis und Aus-
tausch stattfinden, mit hoher Aufenthaltsqualität zu ermög-
lchen. Eine wichtige Grundlage ist hierbei ein qualitativvolles
Planen, Bauen und Gestalten.

Die Schulträger nehmen hierbei die Aufgabe des Schulbaus selbstständig und eigenverantwortlich im Rahmen der rechtli-
chen Vorgaben des Baurechts, der Gemeindeordnung sowie
deren Richtlinien wahr. Die Schulbauförderung unterstützt die
Schulträger bei ihrer Pflichtaufgabe des Schulbaus im Rahmen
der kommunalen Selbstverwaltung.

1 Förderziel und Zuwendungszweck

1.1 Das Land Rheinland-Pfalz gewährt im Rahmen der verfü-
gbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage der §§ 23
und 44 der Landesbaulastenordnung (LHO) vom 20.
Dezember 1971 (GVBl. 1972 S. 2) und der Verwaltungs-
vorschrift zum Vollzug der Landesbaulastenordnung
(VV-LHO) vom 20. Dezember 2002 (MinBl. 2003 S.
22, 324; 2022 S. 260) in ihrer jeweils geltenden Fassung,
in Ansehung der §§ 74, 75, 86 und 87 des Schulgesetzes
(SchulG) vom 30. März 2004 (GVBl. S. 239), zuletzt ge-
ändert durch § 80 des Gesetzes vom 7. Dezember 2022
(GVBl. S. 413) sowie der §§ 2, 25 Abs. 1 Nr. 13 und § 25
Abs. 3 des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG)
vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 413), Zuwendungen nach
Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift.

1.2 Zuwendungszweck ist die Schaffung erforderlicher
Schulräume unter besonderer Berücksichtigung pädago-
gischer Bedürfnisse.

1.3 Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwen-
dungen besteht nicht. Die Entscheidung über die Bewill-
gung der Zuwendungen erfolgt durch das Ministerium
für Bildung nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen
der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden Schulbauten einschließlich deren
Erstausrüstung gemäß den §§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 25 Abs.
1 Nr. 13 und 25 Abs. 3 LFAG. Förderfähig sind Investi-
tionen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von
Schulgebäuden und Schulanlagen (Schulbauten), die
einer Genehmigung nach § 86 SchulG bedürfen. Eben-
so können nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift
Zuwendungen für den Erwerb und Umbau von Ge-
bäuden als Schulgebäude gewährt werden. Zuwendun-
gen werden nur für Maßnahmen gewährt, soweit diese
erforderlich sind, eine nachhaltige und wirtschaftliche
Beschaffungsvariante darstellen und auf einer zweckmäßi-
gem Planung basieren.

2.2 Keine Zuwendungen werden gewährt für
a) reine Bauunterhaltung,
b) Maßnahmen aufgrund unterlassener Bauunterhal-
tung,
c) Schulbaumaßnahmen, durch die Schulraum nur be-
heißt oder nur für eine Übergangszeit gewon-
nen wird,
d) Schulbaumaßnahmen, für deren Durchführung eine
Landeszuwendung nicht erforderlich ist (bspw. Ba-
gatteln oder infolge des haushaltswirtschaftlichen Sub-
addizialitätserlass).

2.3 Der Schulträger muss im Zeitpunkt der schulbehördli-
chen Genehmigung Eigentümer des für die Durchfüh-
Rung der Schulbaumaßnahme erforderlichen Grund-
stückes sein. Es sind Ausnahmen möglich, über die das
Ministerium für Bildung in enger Abstimmung mit der
zuständigen Bewilligungsbehörde entscheidet. In diesen
Fällen ist der Nachweis über eine dinglich gesicherte
Verenbarung, in der Regel in Form einer werthalten
Buchgrundschuld zu Gunsten des Landes Rheinland-
Pfalz, einer der Förderung angemessenen Nutzungs-
dauer und der dem Förderzweck entsprechenden Nutzungs-
weise erforderlich.

2.4 Es ist durch den Antragsteller gegenüber der Bewilli-
gungsbehörde zu bestätigen,
– dass bei Maßnahmen, die auf einen pädagogischen
Konzept beruhen, im Vorfeld der Planung eine Be-
teiligung aller relevanten Gruppen erfolgt ist. Hierzu
gehören insbesondere die Vertretungen der Schulge-
meinschaft, des Schulträgers und der Schulbehörde.
Hierbei kann auf eine Beratungsgruppe beim Pädagi-
gischen Landesinstitut zurückgegriffen werden,
– dass die Möglichkeit eines Architektenwettbewerbes
gemäß der Richtlinie für Planungswettbewerbe vom
1. Juni 2014 (MinBl. S. 48, 2019, 338) in ihrer jeweils
gültigen Fassung geprüft wurde; dies insbesondere
bei städtebaulich bedeutsamen Schulbaubestrebungen;
– dass die Schülerzahlentwicklung mit der aktuell ge-
tenden Schulenentwicklungsplanung übereinstimmt,
ggf. eine Anpassung der Planung auf die bestehenden
Rahmenbedingungen erfolgte.

2.5 Neubau

2.5.1 Grundsätzlich ist die Förderung eines Neubaus mög-
lich, soweit dieser aus schulorganisatorischen Gründen notwendig wird. Im Hinblick auf zukünftige pädagogische oder schulorganisatorische Entwicklungen soll die Erweiterungsfähigkeit der Schulanlagen im Rahmen der Planungen mitberücksichtigt werden.

2.5.2 Die Förderung eines Neubaus als Ersatzbau für bestehenden Schulraum ist möglich, soweit eine Sanierung unter Berücksichtigung der Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nachgewiesen nicht darstellbar ist, und der bestehende Schulraum nachweislich nicht aufgrund von unterlassener Bauunterhaltung abgängig ist.

2.6 Erweiterung

2.6.1 Die Förderung eines Erweiterungsbau ist möglich, soweit aus kapazitiven Gründen eine Erweiterung der Schulgebäude und Schulanlagen notwendig und das schulische Bedürfnis hierfür durch die Schulbehörde anerkannt ist.

2.6.2 Die Förderung eines Erweiterungsbau ist zudem möglich, soweit aus funktionalen und pädagogischen Gründen der schulische Bedarf für weitere Flächen besteht, die einer pädagogischen Nutzung zugeführt werden.

2.7 Umbau

2.7.1 Die Förderung eines Umbaus ist möglich, sofern der anerkannte Umbaubaubedarf gegenüber Bauunterhaltungsmaßnahmen überwiegt. Ein Umbau im Sinne dieser Vorschrift ist gegeben, wenn pädagogisch bedingter Umbau zur Verbesserung der inneren Schulorganisation vorliegt.

Die Förderung eines Umbaus ist darüber hinaus möglich, soweit bauliche Maßnahmen auf Grund polizei- und ordnungsrechtlicher Vorschriften erforderlich sind, zur Herstellung des gesetzlichen Unfallschutzes notwendig sind, zur Sicherung der Hygieneanforderungen erfolgen und mit denen eine dauerhafte schulische Weiternutzung ermöglicht wird. Ebenso förderfähig sind bauliche Maßnahmen, die grundsätzlich geeignet sind, präventiv die Gefahren einer Amok- oder Hochwasserlage zu minimieren.

2.7.2 Im Zusammenhang mit einem Umbau sind ergänzende Infrastrukturmaßnahmen zur Erfüllung der digitalen Anforderungen an Schulgebäuden zuwendungsfähig, soweit es sich dabei um fest mit dem Gebäude verbundene, nicht bewegliche Anlagen handelt.

2.8 Erweber


Soweit es sich bei dem zu erwerbenden Gebäude um einen Neubau handelt, ist seitens des Schulträgers nachzuweisen, dass bei Planung und Bau des Gebäudes die gesetzlichen Vorgaben des Wettbewerbs- und Vergaberechts für die öffentliche Hand beachtet wurden.

Der Erwerb eines Neubaus ist nicht förderfähig, soweit es sich um ein Schulgebäude handelt, welches in Anlehnung des schulischen Baubedarfs des Trägers durch einen Dritten errichtet wurde, ohne dass eine schulbehördliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde erteilt wurde.

2.9 Förderungen im Ganztagsbereich

Für Schulen mit ganztägigen Angeboten (Ganztagschulen) sind zusätzliche Flächen insbesondere für den Essens-, Ganztags- und Freizeitbereich sowie zur Umsetzung rhythmischer Tagesstrukturen förderfähig.

Bei der Förderung im Ganztagsbereich ist neben der Schulentwicklungspflicht des Trägers auch die Bedarfsplanung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe angemessen zu berücksichtigen.

2.10 Multifunktionale Nutzung kommunaler Gebäude

Einer Zuwendung im Sinne der Nummern 2.5 bis 2.9 steht nicht entgegen, dass Schulgebäude und Schulanlagen für außerschulische Zwecke bereitgestellt werden, soweit schulische Interessen nicht beeinträchtigt werden und die Benutzung mit der Aufgabenstellung der Schule vereinbar ist (§ 89 Abs. 1 SchulG).

2.11 Schulsportstätten


Soweit eine lehrplangemäße Umsetzung des Schwimmunterrichtes nachweisbar nicht in den erreichten, vorhandenen Schwimmstätten erreicht werden kann, kann insbesondere bei Neubauten die Errichtung eines Lehrschwimmbeckens gefördert werden.

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungen können gewährt werden an

a) kommunale Gebietskörperschaften und Schulverbände, die Schulträger im Sinne der §§ 76, 77 SchulG sind,
b) Träger von staatlich anerkannten Ersatzschulen gemäß § 5 des Privatschulgesetzes (PrivSchG),
c) Träger von Schulen, die Zuschüsse nach § 28 Abs. 6 PrivSchG erhalten.

3.2 Die Weiterleitung von Zuwendungen durch den Zu-
wendungsempfänger an Dritte kann seitens der Bewilligungsbehörde vorgesehen werden, wenn die Weiterleitung zusammen mit dem Eigenanteil des Zuwendungsempfängers erfolgt und dieser nachvollziehbar nachgewiesen hat, dass

- der Dritte die erforderlichen Schulbaumaßnahmen für den Schulträger durchführt,
- durch die Weiterleitung der Zuwendung der Finanzierungsbeitrag des Schulträgers unmittelbar reduziert wird,
- das Vorhaben auf diese Weise wirtschaftlicher als in Eigenrealisierung durchgeführt werden kann und
- die Wettbewerbs- und Vergabevorschriften für die öffentliche Hand eingehalten werden.

Die Weiterleitung muss bis zur Fertigstellung der zuwendungsfähigen Baumaßnahmen als Darlehen erfolgen, das dinglich werthaltig zu sichern ist.

4 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

4.1 Die Zuwendungen werden als Projektförderung gemäß Nummer 2.1 zu § 23 VV-LHIO gewährt. Die Zuwendung wird zur Teilfinanzierung der zum Zeitpunkt der Antragstellung zuwendungsfähigen Ausgaben mit einem festen Betrag bewilligt (Festbetragfinanzierung).

Eine Nachbewilligung ist nicht möglich.

4.2 Das für den Schulträger im Einzelfall maßgebliche Flächenprogramm richtet sich unter Zugrundelegung der Schulentwicklungspläne und der von der Schulbehörde festgelegten Zügigkeit nach den Schemata zur Ermittlung des Musterflächenprogramms (vergleiche Anlage 1) sowie nach dem pädagogischen Konzept der Schule und bedarf der Genehmigung der Schulbehörde. Eine Erweiterung zum Musterflächenprogramm für die jeweilige Schule bedarf der Zustimmung des Ministeriums für Bildung. Das Flächenprogramm bildet die zuwendungsfähige Nutzungsfäche 1 bis 6 gemäß DIN 277 (in der jeweils geltenden Fassung) ab.


Bei anerkanntem Umbau im Sinne der Nummer 2.7 dieser Vorschrift ergeben sich die zuwendungsfähigen Baukosten anhand der Kosten der Kostengruppe 300 bis 700 der DIN 276 (in der jeweils geltenden Fassung) - Kosten im Hochbau – mit Ausnahme der Kosten für Finanzierung und allgemeine und sonstige Baunebenkosten.


Bei Neubau und Erweiterungsbau zur Schaffung von Schulraum ergibt sich die zuwendungsfähige Fläche auf der Grundlage des schulbehördlich genehmigten Flächenprogramms. Beim Erweiterungsbau ist dabei lediglich die gegenüber dem Bestand schulbehördlich genehmigte zusätzliche Fläche zu berücksichtigen.


4.4 Die Höhe der Zuwendung richtet sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Antragstellers und dem Landesinteresse an der Ausführung des Vorhabens. Das haushaltssrechtliche Subsidiaritätsprinzip des § 44 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 23 LHO ist zu beachten.


Gleiches gilt, wenn mit der förderfähigen Baumaßnahme ein Energieeffizienzstandard erreicht wird, der über die jeweils geltenden gesetzlichen Anforderungen nachgewiesen deutlich hinausgeht.

4.7 Abweichend von dem Verbot der Doppelförderung gemäß § 25 Abs. 2 Nr. 1 LFAG können Zuwendungen gewährt werden für Baumaßnahmen, die zugleich über ein den Zielen des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und oder des nachhaltigen Bauens dienliches Programm gefordert werden, sofern und soweit dies die Förder- vorschriften der anderen Programme zulassen und die Gesamtausgaben der Fördermittel sowie Mittel Dritter die Gesamtausgaben des Vorhabens nicht übersteigt. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, der Bewilligungsstelle anzuzeigen, ob und ggf. in welcher Höhe er
zusätzliche Mittel aus anderen Förderprogrammen oder Spenden erhält.

5 Verfahren

5.1 Für die Antragstellung, Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die Rückforderung der Zuwendung gilt Teil II zu § 44 Abs. 1 VV-LHO mit den nachfolgend ergänzenden Regelungen und ggf. ergänzende Erlassen des für den Landesbau zuständigen Ministeriums.

5.1.1 Der Schulträger meldet das Vorhaben bis zum 1. August eines Jahres bei der Schulbehörde an.

5.1.2 Bis zum 1. Oktober eines Jahres legt der Schulträger bei der Bewilligungsbehörde die Planungsunterlagen mit dem Antrag auf Gewährung einer Zuwendung sowie den Antrag auf Erteilung der schulbehördlichen Genehmigung im Sinne des § 86 SchulG vor.

Beizufügen sind die in den Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen – Zbau – (Teil I/Anlage 1 zu § 44 Abs. 1 VV-LHO und ggf. ergänzenden Erlassen des für den Landesbau zuständigen Ministeriums) genannten Bauunterlagen.


Zur Plausibilisierung der Wirtschaftlichkeit können folgende Verhältniswerte herangezogen werden:

a) Der Anteil der Nutzungsfläche sollte wenigstens 65 % betragen.

b) In der Regel soll das Verhältnis des Brutto-Rauminhales zur Nutzungsfläche nicht mehr als 7,2 zu 1 betragen, bei der Berechnung des umbauten Raumes bleiben nicht ausgebauter Dach- und Kellerbezugsraum unberücksichtigt.

Entsprechend der Regelungen in Nummer 6.1 zu § 44 LHO (Teil II) erfolgt die Beteiligung der fachlich zuständigen technischen staatlichen Verwaltung durch die Schulbehörde in der Regel überhalb und nur in Einzelfällen unterhalb einer Zuwendung in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Schwellenwert).

5.2 Der vorzeitige Maßnahmebeginn kann nur in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag durch die Bewilligungsbehörde genehmigt werden, wenn die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Planung und Konstruktion und Angemessenheit der Kosten durch die fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung bestätigt wurde. Unterhalb der Schwellenwerte ist die Bestätigung durch den Antragsteller zu erbringen.

Insbesondere beim Umbau nach Nummer 2.7.1 Abs. 2 kann der vorzeitige Maßnahmebeginn auch bereits vor Abschluss der baulichen Prüfung auf Antrag genehmigt werden, sofern die Antragsunterlagen vollständig vorliegen und soweit die Maßnahme im Zuge der Gefahrenabwehr notwendig ist.

5.3 Bewilligungsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als zuständige Schulbehörde. Die Schulbehörde prüft den Antrag auf Genehmigung der Zuwendung auf Förderfähigkeit und Entscheidungsgerechtigkeit und schlägt dem fachlich zuständigen Ministerium die Höhe der Zuwendung vor.

5.4 Das fachlich zuständige Ministerium setzt die Höhe der Zuwendung im Benehmen mit dem Ministerium des Innern und für Sport und dem Ministerium der Finanzen fest.

5.5 Mit den Bauarbeiten soll innerhalb von 12 Monaten nach der Bewilligung der Zuwendung begonnen werden. Ist nach Ablauf dieser Frist mit der Schulbaumaßnahme noch nicht begonnen, kann der Bewilligungsbescheid widerrufen werden. Ist der Beginn der Bauarbeiten innerhalb dieser Frist nicht möglich, ist dies unverzüglich seitens des Antragstellers gegenüber der Bewilligungsbehörde anzuzeigen und die Gründe hierfür darzulegen.

Im Falle eines Widerrufs einer erteilten Bewilligung kann der zugrundeliegende Antrag für das Schulbauprogramm des kommenden Jahres erneut berücksichtigt werden, sofern sich keine maßgeblichen Änderungen in Bezug auf Antragsinhalt oder Rahmenbedingungen ergeben.

5.6 Die Zuwendung wird entsprechend dem Baufortschritt nach den jeweils geltenden Regelungen der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektfinanzierung an kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände – ANBestK – (Teil II/Anlage 3 zu § 44 Abs. 1 VV LHO) und nach Maßgabe der im Zuwendungsbescheid festgelegten Teilbeträge ausgezahlt.

5.7 Von einer Rückforderung der Zuwendung ist abzusehen, wenn die Schulanlage

- für eine andere förderfähige Einrichtung weiterverwendet wird,
- durch schulorganisatorische Maßnahmen entbehrlich wird, es sei denn, dass im Falle einer Veräußerung der Schulanlage der Veräußerungserlös den Anteil der Kommune an den Gestehungskosten überschreitet; werden die Gestehungskosten unterschritten, bestrahlt sich die Rückforderung auf den Anteil des Erlöses, den den Gestehungskostenanteil der Kommune übersteigt.

Sind ab Fertigstellung oder Erwerb 20 Jahre vergangen, kann eine Rückforderung nicht mehr erfolgen. Der
Rückforderungsbetrag vermindert sich ab dem 6. Jahr nach Fertigstellung oder Erwerb um jährlich 5 v. H.

5.8 Als Verwendungsnachweis hat der Zuwendungsnehmer nach der Abrechnung der Maßnahme der Bewilligungsbehörde mittels Erklärung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters bzw. der Landräden oder des Landrats des Schulträgers zu bestätigen, dass die Mittel bestimmungsgemäß verwendet wurden. Erwähnte Abweichungen sind mitzuteilen.

Die Höhe der zuwendungsfähigen Kosten und deren Finanzierung (aufgeteilt nach Eigenanteil, Zuzwendungen Dritter, Zuwendungen aus Landesmitteln) sind anzugeben. Die Erklärung muss außerdem folgende Bestätigung beinhalten:


6 Zuwendungsverfahren bei Schulbaumaßnahmen freier Schulträger

6.1 Die Zuwendung für Schulbaumaßnahmen freier Träger aufgrund des § 28 Abs. 6 und des § 31 Abs. 2 PrivSchG erfolgt nach Maßgabe dieser Vorschrift.

6.2 Für die Antragstellung, Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung sowie die Rückforderung der Zuwendung gilt Nummer 5 sinngemäß mit der Maßgabe, dass statt des Teils II zu § 44 Abs. 1 VV-LHO der Teil I dieser Bestimmung mit den entsprechenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P und ggf. ergänzende Erässe des für den Hochbau zuständigen Ministeriums) anzuwenden ist.

6.3 Bei Zuwendungen an freie Schulträger ist zur Sicherung eines etwaigen Rückzahlungsanspruches vor Zahlung der ersten Zuwendungsraten eine herzutätige Buchgrundschuld in Höhe des Zuwendungsbeitrags zugunsten des Landes Rheinland-Pfalz, vertreten durch das fachlich zuständige Ministerium, zu bestellen.

Bei kirchlichen Trägern, die Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, kann von der Forderung nach Bestellung einer dingsicher abgesehen werden.

7 Sonderregelungen im Zusammenhang mit Wiederaufbaumaßnahmen


7.1 Im Sinne der Nummer 1.3 Teil I und II der VV zu § 44 LHO wird eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns zugelassen. Ein vorzeitiger förder-standsicherer Maßnahmebeginn kann hierbei frühestens ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretnens dieser Verwaltungsvorschrift vorliegen. Die Bewilligungsbehörde ist dabei unverzüglich über den Maßnahmebeginn in Kenntnis zu setzen.


8 Inkrafttreten


Anlage (zu Nummer 4.2)

Zuwendungsfähige Flächen bei
Grundschulen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Einzügige Grundschule</th>
<th>410 – 520 m²</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen</td>
<td>möglich</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Zweizügige Grundschule</th>
<th>730 – 880 m²</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen</td>
<td>möglich (150 – 250 m²)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dreizügige Grundschule</th>
<th>1.050 – 1.300 m²</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen</td>
<td>möglich (180 – 270 m²)</td>
</tr>
</tbody>
</table>
### Verzügige Grundschule
- **Künftiges Flächenprogramm**: 1.580 - 1.900 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich (200 - 300 m²)

### Fünfzügige Grundschule
- **Künftiges Flächenprogramm**: 1.800 - 2.200 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich (220 - 300 m²)

### Realschulen plus

#### Dreizügige Realschule plus
- **Künftiges Flächenprogramm**: 2.930 - 3.370 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich

#### Vierzügige Realschule plus
- **Künftiges Flächenprogramm**: 3.460 - 3.900 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich (200 - 300 m²)

#### Fünfzügige Realschule plus
- **Künftiges Flächenprogramm**: 4.160 - 4.780 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich (250 - 350 m²)

#### Sechzügige Realschule plus
- **Künftiges Flächenprogramm**: 4.920 - 5.650 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich (280 - 400 m²)

### Gymnasien

#### Zweizügiges Gymnasium
- **Künftiges Flächenprogramm**: 2.600 - 2.860 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich

#### Dreizügiges Gymnasium
- **Künftiges Flächenprogramm**: 3.680 - 4.040 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich

#### Vierzügiges Gymnasium
- **Künftiges Flächenprogramm**: 4.580 - 5.015 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich

#### Fünfzügiges Gymnasium
- **Künftiges Flächenprogramm**: 5.860 - 6.360 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich

#### Sechzügiges Gymnasium
- **Künftiges Flächenprogramm**: 6.700 - 7.300 m²
- **Zusätzliche Flächen bei Ganztagschulen**: möglich

### Berufsbildenden Schulen
Flächenprogramme für berufsbildende Schulen werden von der Schulbehörde erstellt.

### 21341 Kostenrichtwerte im Schulbau


1. Aufgrund der eingetretenen Baupreissteigerungen werden die Kostenrichtwerte für die Förderung von Schulbaumaßnahmen pro Quadratmeter gemäß der Hauptschul- und Belehrungsschulfläche wie folgt festgesetzt:

- **Grundschulen**: 4.853,00 EUR
- **Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus sowie Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen**: 5.288,00 EUR

525
Sichere Ruhelage und Entspannung

Gefördert werden können die folgenden Maßnahmen:
- Grundqualifizierung-210 (Trägerzertifikat),
- Grundqualifizierung-300 (Bundeszertifikat),
- Anschlussschulqualifizierung mit dem Ziel Grundqualifizierung-210,
- Anschlussschulqualifizierung mit dem Ziel Grundqualifizierung-300,
- weitere tätigkeitsbegleitende Qualifizierung.

Förderfähig sind die bei der Durchführung der begünstigten Maßnahme anfallenden Personalkosten (Honorar für die Qualifizierungsmaßnahme durchführenden Personalschulung von MentorInnen und Mentoren) und Sachkosten (Raummiete, Fahrkosten, Materialkosten, Aufwandsauslagen für MentorInnen und Mentoren).

2.1 Grundqualifizierung-210 (Trägerzertifikat)
Die Grundqualifizierung-210 umfasst:
- 210 Unterrichtseinheiten (UE) (160 UE tätigkeitsvorbereitender Grundqualifizierung und 50 UE tätigkeitsbegleitender Grundqualifizierung) sowie
- 40 Stunden Praktikum in einer Kindertagespflegestelle begleitet von einer MentorIn oder einem Mentor.

Selbstlerneinheiten sollen analog zum QHB eigenständig umgesetzt werden.


2.2 Grundqualifizierung-300 (Bundeszertifikat)
Die Grundqualifizierung-300 umfasst:
- 300 UE (160 UE tätigkeitsvorbereitender Grundqualifizierung und 140 UE tätigkeitsbegleitender Grundqualifizierung),
- 40 Stunden Praktikum in einer Kindertagespflegestelle begleitet von einer MentorIn oder einem Mentor sowie
- 40 Stunden Praktikum in einer Kindertagespflegestelle.

Selbstlerneinheiten sollen analog zum QHB eigenständig umgesetzt werden.

Die tätigkeitsvorbereitende Grundqualifizierung mit 160 UE und dem Praktika von 80 Stunden sowie die tätigkeitsbegleitende Grundqualifizierung mit 140 UE

2.3 Anschlussqualifizierung bereits tätiger Kindertagespflegepersonen mit DJI-Curriculum (QHB) vom März 2008 mit dem Ziel der Grundqualifizierung (-210 oder -300)

Die Anschlussqualifizierung für die mit 160 UE nach dem DJI-Curriculum vom März 2008 qualifizierten, bereits tätigen Kindertagespflegepersonen umfasst:

2.3.1 Mit dem Ziel des Abschlusses der Grundqualifizierung 210:
- 50 UE tätigkeitbegleitende Grundqualifizierung, die als eigenständige Maßnahme oder integriert in der Grundqualifizierung nach Nummer 2.1 stattfindet.

2.3.2 Mit dem Ziel des Abschlusses der Grundqualifizierung -300:
- 140 UE tätigkeitbegleitende Grundqualifizierung, die als eigenständige Maßnahme oder integriert in der Grundqualifizierung nach Nummer 2.2 stattfindet, sowie
- 40 Stunden Praktikum in einer Kindertageseinrichtung, alternativ eine mindestens 2-jährige Tätigkeit als Kindertagespflegepersonal.

2.4 Anschlussqualifizierung bereits tätiger Kindertagespflegepersonen mit DJI-Curriculum (QHB) vom Juli 2015 oder vom Februar 2020 mit dem Ziel der Grundqualifizierung (Bundeszertifikat).

Die Anschlussqualifizierung für die mit 210 UE nach dem DJI-Curriculum vom Juli 2015 oder Februar 2020 qualifizierten, bereits tätigen Kindertagespflegepersonen mit dem Ziel des Abschlusses der Grundqualifizierung -300 (Bundeszertifikat) umfasst:
- 90 UE tätigkeitbegleitende Grundqualifizierung, die als eigenständige Maßnahme oder integriert in der Grundqualifizierung nach Nummer 2.2 stattfindet, sowie
- 40 Stunden Praktikum in einer Kindertageseinrichtung, alternativ eine mindestens 2-jährige Tätigkeit als Kindertagespflegepersonal.

2.5 Weitere tätigkeitsbegleitende Qualifizierung
Die weitere tätigkeitsbegleitende Qualifizierung umfasst:
- 20 bis zu 25 UE aus - dennoch zu absolvierenden Modulen der 140 UE tätigkeitsbegleitender Grundqualifizierung nach dem QHB oder

2.6 Ausschluss von Zuwendungen
Keine Zuwendungen werden gewährt für außerhalb der unter den Nummern 2 bis 2.5 genannten Maßnahmen durchgeführte Weiterbildungsaufnahme oder ergänzende Schulungsmaßnahmen für bereits als Kindertagespflegepersonen Tätige oder für Personen, die eine Erlaubniserteilung für die Arbeit als Kindertagespflegeperson anstreben (Beispiel ein Erste-Hilfe-Kurs).

3 Zuwendungsempfänger
Antragsberechtigt sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

4 Weitere Inhaltsbestimmungen

4.2 Die Grundqualifizierungsmaßnahmen nach den Nummern 2.1 und 2.2 sowie die Anschlussqualifizierungen nach den Nummern 2.3 und 2.4 und die weitere tätigkeitsbegleitende Qualifizierung nach Nummer 2.5 sind durch einen nach dem Weiterbildungsgesetz (WBG) vom 17. November 1995 anerkannten Bildungsträger oder durch einen von den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe autorisierten anderen Träger mit pädagogischen Fachkräften, die mindestens drei Jahre Erfahrung in der Erwachsenenbildung haben, durchzuführen.

4.3 Weitere tätigkeitsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen nach Nummer 2.5 können auch von einem Fortbildungsanbieter mit Erfahrung in Methodik und Didaktik der Erwachsenenbildung und Kenntnissen in der Kindertagespflege durchgeführt werden.

4.4 Bei der Auswahl des Bildungsträgers sind die Bestimmungen der Verordnung für Leistungen (VOL/A) anzuwenden. Die Entscheidung ist durch einen Vermerk zu dokumentieren.

4.6 Sowohl bei den Grundqualifizierungen als auch bei der weiteren tätigkeitsbegleitenden Qualifizierung sowie den Abschlussqualifizierungen als eigenständige Maßnahme muss die Anzahl der Teilnehmenden bei Beginn der Maßnahme mindestens 8 Personen betragen. Es dürfen jeweils maximal 20 Personen teilnehmen. Voraussetzung für die Förderung ist die erfolgreiche Absolvierung der jeweiligen Maßnahme von mindestens 5 Personen.

4.7 Teilnehmende, die nachträglich zu einer in Nummer 4.6 genannten Maßnahme hinzustoßen, dürfen auf die Mindestabsolventenzahl angerechnet werden und müssen zudem bei der maximalen Anzahl der Teilnehmenden berücksichtigt werden.

4.8 Anschlussqualifizierungen die integriert stattfinden, benötigen keine Mindestanzahl an Teilnehmenden. Die Anzahl der Teilnehmenden kann nicht zur Mindestanzahl der Teilnehmenden der in Nummer 4.6 genannten Maßnahmen zugezählt werden. Die in Nummer 4.6 genannte maximale Anzahl der Teilnehmenden darf durch die Teilnehmenden überschritten werden. Eine Anschlussqualifizierung kann auch im Rahmen von einer Grundqualifizierung durchgeführt werden.

4.9 Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben in eigener Verantwortung mittels einer Eignungsprüfung (im Rahmen des Verwaltungsverfahrens nach § 43 SGB VIII) vor Beginn der Grundqualifizierungsmaßnahmen die Geeignetheit der Teilnehmenden einzuschätzen und die Einschätzung zu dokumentieren. Personen die voraussichtlich nicht die notwendige Eignung haben werden, dürfen nicht an der Maßnahme teilnehmen.

4.10 Am Ende der Grundqualifizierungen nach den Nummern 2.1 und 2.2 erteilt der Bildungsträger ein Abschlusszeugnis über die vollständig absolvierte Grundqualifizierung.


4.12 Am Ende der Abschlussqualifizierung nach den Nummern 2.3 und 2.4 erteilt der Bildungsträger ein Abschlusszeugnis über die jeweils vollständig absolvierte Qualifizierung.

4.13 Über die erfolgreiche Teilnahme der weiteren tätigkeitsbegleitenden Qualifizierung ist eine Bescheinigung durch den Bildungsträger zu erteilen.

4.14 Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, auf die durch das Land Rheinland-Pfalz erhaltene Förderung in allen Veröffentlichungen und auf den Zertifikaten und Bescheinigungen für die Teilnehmenden hinzuweisen.

5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Zuwendungen werden als Projektförderung gemäß Nummer 2.1 zu § 23 VV-LHO gewährt. Die Zuwendung wird zur Teilfinanzierung der zum Zeitpunkt der Antragstellung berücksichtigungsfähigen zuwendungsfähigen Ausgaben mit einem festen Betrag bewilligt (Festbetragfinanzierung).

5.1 Förderpauschalen

5.1.1 Die Grundqualifizierung-210 (Trägerzertifikat) nach Nummer 2.1 (ggfs. mit integrierter Anschlussqualifizierung nach Nummer 2.3.1) wird im Wege der Festbetragfinanzierung mit bis zu 10.000 Euro, jedoch maximal 60 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert.

5.1.2 Die Grundqualifizierung-300 (Bundeszeugnis) nach Nummer 2.2 (ggfs. mit integrierter Anschlussqualifizierung nach den Nummern 2.3.2 und 2.4) wird im Wege der Festbetragfinanzierung mit bis zu 15.000 Euro, jedoch maximal 60 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert.

5.1.3 Die Anschlussqualifizierung nach Nummer 2.3.1 mit dem Ziel des Abschlusses der Grundqualifizierung-210 (Trägerzertifikat) als eigenständige Maßnahme wird im Wege der Festbetragfinanzierung mit bis zu 2.000 Euro, jedoch maximal 60 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert.

5.1.4 Die Anschlussqualifizierung nach Nummer 2.3.2 mit dem Ziel des Abschlusses der Grundqualifizierung-300 (Bundeszeugnis) als eigenständige Maßnahme wird im Wege der Festbetragfinanzierung mit bis zu 7.000 Euro, jedoch maximal 60 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert.

5.1.5 Die Anschlussqualifizierung nach Nummer 2.4 mit dem Ziel des Abschlusses der Grundqualifizierung-300 (Bundeszeugnis) als eigenständige Maßnahme wird im Wege der Festbetragfinanzierung mit bis zu 5.000 Euro, jedoch maximal 60 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert.

5.1.6 Die weitere tätigkeitsbegleitende Qualifizierung nach Nummer 2.5 wird im Wege der Festbetragfinanzierung mit bis zu 1.000 Euro, jedoch maximal 80 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert.

5.2 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

5.2.1 Eigenbeteiligung des Zuwendungsempfängers

Der Zuwendungsempfänger hat sich an der Aufbringung der zuwendungsfähigen Gesamtkosten zu beteiligen.

5.2.2 Verbot der Doppelförderung

Für Maßnahmen, die nach anderen Gesetzen, Verwaltungsvorschriften oder Förderprogrammen des Landes, der Bundes oder der Europäischen Union gefördert wurden oder werden, können nicht gleichzeitig Fi-
nanzhilfen nach dieser Verwaltungsvorschrift gewährt werden.

5.2.3 Eigene Aufwendungen der Teilnehmenden
Eine Eigenbeteiligung durch die Teilnehmenden hat der Maßnahmträger zu prüfen.

6 Antrags- und Bewilligungsverfahren

6.1 Bewilligungsbehörde
Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung prüft und bewilligt die Anträge und zahlt die Zuwendung aus. Zum Verwaltungsverfahren gehören hierbei auch die Prüfung des Verwaltungsnachweises und sich hieraus ergebende Veranlassungen.

6.2 Antragstellung
Der Antrag ist beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zu stellen. Die Antragstellung erfolgt ausschließlich elektronisch über das Webseite KiDz. Die Anträge können gänzjährig gestellt werden.

6.3 Spätester Zeitpunkt der Antragstellung

6.4 Notwendige Unterlagen für die Antragstellung:
- Kosten- und Finanzierungsplan,
- Zeitplan,
- Anzahl der Teilnehmenden.

6.5 Verwendungsverfahren
6.5.1 Der Zuwendungsempfänger hat spätestens vier Monate nach dem Ende des in der Bewilligung genannten Zeitraumes die Maßnahme einen Verwendungsverweis mit allen erforderlichen Angaben und Bescheinigungen beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in elektronischer Form über das Webseite KiDz vorzulegen.

6.5.2 Die unter Nummer 2 genannten Maßnahmen müssen zwei Jahre nach Maßnahmenbeginn abgeschlossen sein.

6.5.3 Die Maßnahme ist mit Übergabe der Zertifikate oder Teilnahmebescheinigungen abgeschlossen.

6.5.4 Der Verwendungsverweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Auf die Vorlage der Bücher und Belege wird verzichtet. Im Verwendungsverweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden sind und die Ausgaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen. Im Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz darzustellen. In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter und eigene Mittel) enthalten.

6.6 Mittelabfluß/Auszahlung der Zuwendung

6.7 Weiterleitung an Dritte
Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Zuwendungszwecks Mittel an Dritte weiterleiten, sind die von den empfangenden Stellen ihm gegenüber zu erbringenden Verwendungsverweise dem Verwendungsverweis beizufügen.

6.8 Prüfung durch die Bewilligungsbehörde
Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt Bücher, Belege und sonstige mit der Förderung zusammenhängende Geschäftsunterlagen anzufordern.

Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen mit einer Frist von fünf Jahren aufzubewahren und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Der Rechnungshof ist nach § 91 LHO berechtigt, bei allen Zuwendungsempfängern eine Prüfung vorzunehmen.

7 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen
Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.


Die Abwicklung der zum Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift bereits begründeten Förderverhältnisse findet weiterhin durch das Ministerium für Bildung als bisherige Bewilligungsbehörde statt.
Stellenausschreibung
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz


Ihre Aufgaben:


Um die hier ausgeschiedene Teilabordnung bewerben können sich Informatiklehrkräfte an rheinland-pfälzischen Schulen sowie Fachleiterinnen und Fachleiter für Informatik an Studiensemianrern.

Einstellungsbestimmungen:


Die Johannes Gutenberg-Universität strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen am wissenschaftlichen Personal an und fördert daher Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen bei der Stellenbesetzung bevorzugt behandelt.

Bewerbungen mit Lebenslauf (wissenschaftlicher und beruflicher Werdegang) und Fotokopien der Zeugnisse werden erbeten an:

Herrn Prof. Dr. Jens Gallenbacher
AG Fachdidaktik
Institut für Informatik – FB 08
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz
Email: gallenba@uni-mainz.de

Bewerbungen von Lehrkräften sind über die Schulleitung, die ADD und das Ministerium für Bildung (BM) an o.a. Adresse zu richten; Bewerbungen von Fachleiterinnen und Fachleitern sind über die Seminareleitung und das BM an o.a. Adresse zu richten. Der Bewerbung muss eine Kopie der Ausschreibung beigefügt werden.


Stellenausschreibung der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau

Stellenausschreibung für eine Lehrkraft für besondere Aufgaben für Fachdidaktik Sport

Im Fachbereich Sozialwissenschaften der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU) ist zur Ausbildung der Lehramtstudierenden zum 1. Februar 2024 eine Stelle in der Funktion einer Lehrkraft für besondere Aufgaben für Fachdidaktik Sport (m/w/d) in einem Gesamtumfang von bis zu 1/2 des Regelstundenmaßes im Wege der Abordnung für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren in Kaiserslautern zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst die Konzeption und Durchführung von Lehrveranstaltungen im Fach Sport, insbesondere Sportdidaktik Rückschlagspiele (Badminton, Tennis, Tischtennis) und/oder Tanzen in den lehramtsbezogenen Bachelor-/Masterstudiengängen für das Lehramt an Gymnasien, Realschulen plus und an berufsbildenden Schulen. Zur Unterstützung der Lehramtsausbildung sollen außerdem Kontakte mit den (örtlichen) Schulen und Studiensemianrern gestärkt werden.

Bewerben können sich Lehrkräfte an rheinland-pfälzischen Schulen sowie Fachleiterinnen und Fachleiter an Studiensemianrern.


Bewerbungen mit Lebenslauf (wissenschaftlicher und beruflicher Werdegang) und Fotokopien der Urkunden senden Sie bitte mit dem Hinweis „auf dem Dienstweg“ per Post an:

Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau
Fachbereich Sozialwissenschaften
Dekanat
Postfach 3049
67653 Kaiserslautern

Bewerbungen von Lehrkräften sind über die Schulleitung, die ADD und das Ministerium für Bildung an o. g. Adresse
zu richten; Bewerbungen von Fachlehrerinnen und Fachleitern sind über die Seminarleitung und das Ministerium für Bildung an o. g. Adresse zu richten. Der Bewerbung muss eine Kopie der Ausschreibung beigelegt werden. Der Dienstweg ist zwingend einzuhalten.

Zusätzlich ist die Bewerbung per E-Mail bei Herrn Dr. Heyck (matthias.heyck@rpiu.de) an der RPTU in Kaiserslautern einzureichen.

**Bewerbungsschluss ist der 15. Januar 2024**

**Stellenausschreibungen an Deutschen Auslandsschulen**

Die folgenden Stellen für eine Schulleitung (m/w/d) sind zu besetzen:

**Deutsche Schule Concepción, Chile**

- **Besetzungsdatum:** voraussichtlich 01.08.2024
- **Bewerbungsende:** 15.01.2024
- Landessprachige Schule mit verstärktem Deutschunterricht
- Deutsches Sprachdiplom der KMK
- Sekundarabschluss des Landes
- Gemischtsprachiges Internationales Baccalauréat (GIB)
- Klassenstufen: 1-12
- Schülerzahl inkl. Kindergartenkinder: 1344
- Anforderungsprofil:
  - Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I und/oder II
  - Bes. Gr. A 14/A 15 bzw. die entsprechenden Entgeltgruppen des TV-L
  - Die Lehrbefähigung für Deutsch oder eine moderne Fremdsprache sowie Erfahrungen in Deutsch als Fremdsprache (DAF) und/oder die Lehrbefähigung in einem der im GIB deutschsprachig zu unterrichtenden Fächer (Deutsch, Geschichte, Biologie) sind erwünscht.
  - Gute Spanischkenntnisse sind erforderlich.

**Deutsche Schule Puebla, Mexiko**

- **Besetzungsdatum:** voraussichtlich 01.08.2024
- **Bewerbungsende:** 15.01.2024
- Gegliederte Begegnungsschule
- Klassenstufen: 1-12
- Schülerzahl inkl. Kindergartenkinder: 1156
- Deutsches Sprachdiplom II
- Abschlüsse der Sekundarstufe I
- Deutsches Internationales Abitur
- Anforderungsprofil:
  - Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II
  - Bes. Gr. A 15/A 16 bzw. die entsprechende Entgeltgruppe des TV-L
  - Gute Spanischkenntnisse sind erforderlich.

Für alle gilt:


Als Teil der Bundesregierung lebt die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZIA) Vielfalt und begrüßt daher alle Bewerbungen – unabhängig von kultureller, sozialer oder ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Allgemeine Informationen zur Bewerbung finden Sie im Internet unter https://www.auslandsschulwesen.de/Webs/ZIA/DE/Bewerbung/Leitungs-und-Funktionsstellen/Schulleitung/schulleitung_node.html.

Die Bewerbungsunterlagen müssen fristgerecht über einen schulspezifischen GoBund Link eingegeben werden:

- Puebla: https://g4b.daisy.bva.bund.de/frontend/ZIA-2022-0040-SLT/dashboard.html
- Concepción: https://g4b.daisy.bva.bund.de/frontend/ZIA-2023-0039-SLT/dashboard.html


Die Bewerbung ist zusätzlich fristgerecht (siehe oben) auf dem Dienstweg (Heimatschulbehörde, Ministerium für Bildung) an das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten - Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZIA) - zu richten. Eine weitere Ausfertigung der Bewerbungsunterlagen ist gleichzeitig direkt an das im Kultusministerium des Landes zuständige Mitglied des Bund-Länder-Ausschusses für schulische Arbeit im Ausland (BLASchA) zu senden, in diesem Fall an das Ministerium für Bildung, Referat 9415 C, Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz.

Die vollständigen Bewerbungsunterlagen müssen spätestens vier Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist auf dem Dienstweg in der ZIA vorliegen. Die ZIA entscheidet über die Förderung der Stelle aus Bundesmitteln (Vermittlung).

Bewerberinnen und Bewerber müssen die in der Ausschreibung angegebene Besoldungs-/Entgeltgruppe innehaben. So weit Bewerberinnen oder Bewerber diese Voraussetzungen noch nicht erfüllen, sind im Ausnahmefall Bewerbungen nur dann möglich, wenn Tätigkeiten längerfristig und erfolgreich wahrgenommen wurden, die im Inland zur Einweisung in die ausgeschriebene Besoldungsgruppe bzw. zur Eingruppierung in die vergleichbare Entgeltgruppe führen können. Hierzu ist eine ausdrückliche Empfehlung für die Tätigkeit als Schulleiterin oder Schulleiter im Ausland durch den Dienstherrn erforderlich.

Sofern sich Bewerberinnen und Bewerber höherer Besoldungs-/Entgeltgruppen auf eine Schulleiterstelle bewerben, ist für eine Vermittlung neben der Zustimmung des beurlaubenden Landes das Einverständnis der Bewerberin oder des Bewerbers zur Gewährung der Zuwendungen auf Basis der für die Schulleiterstelle ausgeschriebenen (niedrigeren) Besoldungs-/Entgeltgruppe erforderlich.

Bitte beachten Sie im Einzelnen die jeweils gültigen Verfahrenswege und Bewerbungsmodalitäten in Rheinland-Pfalz.
Vorbemerkungen zu den Stellenausschreibungen im Schulbereich, an Studiensemianaren und in der Schulaufsicht

Um Funktionsstellen an Schulen und Studiensemianaren können sich nur Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung für ein entsprechendes Lehramt und einer mindestens viereinhalbjährigen Berufserfahrung im Schuldienst nach Erwerb einer Lehrbefähigung (in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis oder im Beamtenverhältnis mit einem Beschäftigungsumfang von jeweils mindestens der Hälfte des Regelstundenumfanges) bewerben.

Um Stellen in der Schulaufsicht können sich nur Lehrkräfte bewerben, welche die gemäß § 27 Satz 1 Nr. 1 und 2 Schullaufbahnverordnung vom 15. August 2012 und die in der konkreten Stellenausschreibung genannten Voraussetzungen erfüllen.

Die Bewerbungsunterlagen sind innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Amtsblattes auf dem Dienstweg einzureichen; das Bewerbungsschreiben und die Personaldokumente (Lebenslauf, Zeugniskopien, letzte dienstliche Beurteilung) bitte geklebt vorlegen. Hinweise auf bereits vorgelegte Bewerbungsunterlagen oder die Personalakten genügen nicht.

Bei der Besetzung von Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter werden im Rahmen der Benennungserstellung nach § 26 Abs. 5 Schulgesetz sowohl der Schulleiter als auch der Schullaufschuss einbezogen.


Die Schulleiterinnen und die Schulleiter, denen erstmals diese Funktionsämter übertragen wurden, sind gemäß § 9 Abs. 2 des Landesvertrags zur Stärkung der verfassungstreuen Schüler- und Schülervertretung auch in zukünftig ausstehende Personalvertretungen zu berücksichtigen. Soweit die entsprechenden Voraussetzungen für schwerbehinderte Menschen vorliegen, wird auch die zukünftige Schwerbehindertenvertretung beteiligt.

Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Menschen; daher sind ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von der ethischen Herkunft, dem Geschlecht, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder der sexuellen Identität erwünscht.


Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Soweit bei der einzelnen Stelle nichts anderes angegeben ist, werden die Stellen in Vollzeitform und in Teilzeitform ausgeschrieben. Bei der Bewerbung ist anzugeben, ob die Vollzeitform oder die Teilzeitform angestrebt wird, im letzten Fall auch, welcher Beschäftigungsumfang gewünscht wird.

Grundlagen für die Auswahlentscheidungen für die Besetzungen von Stellen im Schulbereich und im Bereich der Studiensemianare sind die folgenden veröffentlichten Stellen- und Anforderungsprofile:

- Allgemeines Stellen- und Anforderungsprofil für die pädagogische Koordinatorin und den pädagogischen Koordinator an der Realschule plus, Amtsblatt Nr. 3 vom 24. März 2009, S. 102,
- Allgemeines Stellen- und Anforderungsprofil für den Oberstudienrat oder den Oberstudienrat als Koordinator an einer Realschule plus oder organisatorisch verbundener Fachoberschule, Amtsblatt Nr. 8 vom 27. August 2010, S. 255,
- Allgemeines Stellen- und Anforderungsprofil für die didaktische Koordinatorin und den didaktischen Koordinator an der Realschule plus, GAmtsbl. Nr. 7 vom 25. November 2016, S. 157,
- Allgemeines Stellen- und Anforderungsprofil für die Rektorin und den Rektor an einer Integrierten Gesamtschule oder die Studiendirektorin und den Studiendirektor zur Koordinierung schulischer Aufgaben an Integrierten Gesamtschulen als Organisationsleiterin oder Organisationsleiter, GAmtsbl. Nr. 8 vom 21. Dezember 2016, S. 175,

Bei der einzelnen Stellenausschreibung finden Sie ggf. einen Hinweis über mögliche Ergänzungen und Erweiterungen des
allgemeinen Stellen- und Anforderungsprofils, die im Internet veröffentlicht werden (https://bmrlp.de/service/stellenangebote/) sowie bei der Schule oder Schulaufsicht eingesehen werden können.

Für die Besetzung von Stellen in der Schulaufsicht sind Grundlagen für die Auswahlentscheidung das im Amtsblatt Nr. 4 vom 26. April 2013, S. 96 veröffentlichte Stellen- und Anforderungsprofil sowie die in der konkreten Stellenausschreibung genannten Voraussetzungen.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, können bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt werden.


Anschriften:

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Außenstelle Schulaufsicht, Postfach 1001 04, 67401 Neustadt a. d. W.
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Außenstelle Schulaufsicht, Ferdinand-Sauerbruch-Straße 17, 56073 Koblenz
Ministerium für Bildung, Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz

Folgende Stellen sind zu besetzen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Schule / Dienststelle / Ort</th>
<th>Bezeichnung der Stelle</th>
<th>Bes.Gr.</th>
<th>Fußnoten / Hinweise</th>
<th>Zeitpunkt der Besetzung</th>
<th>Bewerbung an ADD/Außenstelle</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>an Grundschulen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>GS Ludwigshafen Kästner</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z 1</td>
<td></td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Ludwigshafen Kreuter</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z 1</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Die besoldungsrechtliche Einstufung ist von der Schülerzahl abhängig.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>GS Bendorf Medardus</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Grünstadt Dekan-Ernst</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td>Die besoldungsrechtliche Einstufung ist von der Schülerzahl abhängig.</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Ludwigshafen Astrid-Lindgren</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Speyer Siedlung</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Etzbach</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 Z</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Mülheim-Kärlich St. Peter und Paul</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 Z 1</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Niederdürenbach</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 Z 1</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>Schule / Dienststelle / Ort</td>
<td>Bezeichnung der Stelle</td>
<td>Bes.Gr. u. evtl. Zulage</td>
<td>Fußnoten / Hinweise</td>
<td>Zeitpunkt der Besetzung</td>
<td>Bewerbung an ADD/Außенstelle</td>
</tr>
<tr>
<td>-----------------------------</td>
<td>------------------------</td>
<td>-------------------------</td>
<td>---------------------</td>
<td>------------------------</td>
<td>-----------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Waldbreitbach</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 Z 1</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Birresborn</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 1</td>
<td></td>
<td>sofort</td>
<td>Trier</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Oberlahr</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 1</td>
<td></td>
<td>01.02.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Rieden</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 1</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Spangdahlem</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Trier</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Wörth Büchelberg</td>
<td>Rektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 1; 2</td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>GS Bad Hönningen</td>
<td>Konrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GS Trier Matthias</td>
<td>Konrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 1</td>
<td>sofort</td>
<td>Trier</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1) erneute Ausschreibung zur Erweiterung des Bewerberkreises
2) Es können sich auch Lehrkräfte bewerben, deren Berufserfahrung weniger als vier Jahre beträgt.

an Grund- und Realschulen plus

| GRS+ Irrel                  | Konrektor/in an einer Realschule plus (m/w/d) | A 14          | sofort              | Trier                  |

an Realschulen

| RS Landau Maria Ward        | Realschulektor/in (m/w/d) | A 15         | Ein ergänzendes Stellenanforderungsprofil liegt vor. Bewerben können sich nur Lehrkräfte mit dem Lehramt an Realschulen. Schule in privater Trägerschaft | 01.08.2024 | Neustadt |

534
<table>
<thead>
<tr>
<th>Schule / Dienststelle / Ort</th>
<th>Bezeichnung der Stelle</th>
<th>Bes.Gr. Fußnoten / Hinweise der Zulage</th>
<th>Zeitpunkt der Besetzung</th>
<th>Bewerbung an ADD/Außendienst</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>RS+ Annweiler</td>
<td>Rektor/in an einer Realschule plus (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+ Neustadt/Weinstraße</td>
<td>Rektor/in an einer Realschule plus (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+ Mainz Anne Frank</td>
<td>Konrektor/in an einer Realschule plus (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+FOS Dahn</td>
<td>Konrektor/in an einer Realschule plus als pädagogische/r Koordinator/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+FOS Frankenthal Schiller</td>
<td>Konrektor/in an einer Realschule plus als pädagogische/r Koordinator/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+ Cochem</td>
<td>Konrektor/in an einer Realschule plus als pädagogische/r Koordinator/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 Z</td>
<td>sofort</td>
<td>Trier</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+ Koblenz Clemens-Brentano</td>
<td>Konrektor/in an einer Realschule plus als pädagogische/r Koordinator/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 Z 1</td>
<td>sofort</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+ Koblenz Goethe</td>
<td>Konrektor/in an einer Realschule plus als pädagogische/r Koordinator/in (m/w/d)</td>
<td>A 13 Z 1</td>
<td>sofort</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>RS+ Mayen</td>
<td>Konrektor/in an einer Realschule plus als didaktische/r Koordinator/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td>sofort</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
</tbody>
</table>

3) erneute Ausschreibung zur Erweiterung des Bewerberkreises
<table>
<thead>
<tr>
<th>Schule / Dienststelle / Ort</th>
<th>Bezeichnung der Stelle</th>
<th>Bes.Gr. Fußnoten / Hinweise</th>
<th>Zeitpunkt der Besetzung</th>
<th>Bewerbung an ADD/Außenstelle</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>GY Boppard</td>
<td>Studiendirektor/in als ständige/r Vertreter/in der Schulleiterin/des Schulleiters (m/w/d)</td>
<td>A 15 Z</td>
<td>sofort</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GY Sinzig</td>
<td>Studiendirektor/in als ständige/r Vertreter/in der Schulleiterin/des Schulleiters (m/w/d)</td>
<td>A 15 Z</td>
<td>01.08.2025</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GY Alzey am Römerkastell</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (Leitung MSS) (m/w/d)</td>
<td>A 15 1</td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>GY Bad Bergzabern</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>GY Biesdorf</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15 Ein ergänzendes Stellemenforderungsprofil liegt vor. Schule in privater Trägerschaft.</td>
<td>sofort</td>
<td>Trier</td>
</tr>
<tr>
<td>GY Diez</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>sofort</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>GY Grünstadt</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>Schulaufsichtsbezirk Neustadt - (Region Vorderpfalz)</td>
<td>Studiendirektor/in als Regionale/r Fachberater/in an Gymnasien (m/w/d) Biologie</td>
<td>A 15 In Vertretungsfällen ist die Betreuung weiterer Schulen über den Schulaufsichtsbezirk Neustadt/Weinstraße hinaus vorgesehen.</td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Schule / Dienststelle / Ort | Bezeichnung der Stelle | Bes.Gr. Fußnoten / Hinweise u. evtl. Zulage | Zeitpunkt der Besetzung | Bewerbung an ADD/Außenstelle
--- | --- | --- | --- | ---
Schulaufsichtsbezirk Trier - (Region Trier) | Studiendirektor/in als Regionale/r Fachberater/in an Gymnasien (m/w/d) Evangelische Religion | A 15 | 01.08.2024 | Trier

3) erneute Ausschreibung zur Erweiterung des Bewerberkreises

**an Förderschulen**

**Erläuterungen der Kurzbezeichnungen der Schulen:**
SF Schule mit dem Förderschwerpunkt
L Lernen
G ganzheitliche Entwicklung
M motorische Entwicklung
E sozial-emotionale Entwicklung
S Sprache
SFBLS Schule für Blinde und Sehbehinderte
SFGLS Schule für Gehörlose und Schwerhörige
FÖZ Förderzentrum

<table>
<thead>
<tr>
<th>Schule</th>
<th>Bezeichnung der Stelle</th>
<th>Bes.Gr.</th>
<th>Zeitpunkt der Besetzung</th>
<th>Bewerbung an</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>SFG Pirmasens</td>
<td>Förderschullektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt Schule in privater Trägerschaft</td>
</tr>
<tr>
<td>SFL Grünstadt</td>
<td>Förderschullektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>SFL Lahnstein</td>
<td>Förderschullektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z</td>
<td>01.02.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>SFL Nieder-Olm</td>
<td>Förderschullektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>FÖZ Worms</td>
<td>Förderschulkonrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z</td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>SFG Spreadingen</td>
<td>Förderschulkonrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z</td>
<td>sofort</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>SFM Bad Kreuznach</td>
<td>Förderschulkonrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z</td>
<td>sofort</td>
<td>Koblenz Schule in privater Trägerschaft</td>
</tr>
<tr>
<td>SFS Mainz</td>
<td>Förderschulkonrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 Z</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>Schule / Dienststelle / Ort</td>
<td>Bezeichnung der Stelle</td>
<td>Bes.Gr.</td>
<td>Fußnoten / Hinweise</td>
<td>Zeitpunkt der Besetzung</td>
</tr>
<tr>
<td>-----------------------------</td>
<td>------------------------</td>
<td>---------</td>
<td>---------------------</td>
<td>-------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>SFGM Meisenheim</td>
<td>Förderschulkonrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 1</td>
<td>Schule in privater Trägerschaft</td>
<td>sofort</td>
</tr>
<tr>
<td>SFGS Kaiserslautern</td>
<td>Zweite/r Förderschulkonrektor/in (m/w/d)</td>
<td>A 14 1</td>
<td></td>
<td>sofort</td>
</tr>
</tbody>
</table>

*) erneute Ausschreibung zur Erweiterung des Bewerberkreises

**an berufsbildenden Schulen**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Schule / Dienststelle / Ort</th>
<th>Bezeichnung der Stelle</th>
<th>Bes.Gr.</th>
<th>Fußnoten / Hinweise</th>
<th>Zeitpunkt der Besetzung</th>
<th>Bewerbung an ADD/Außenstelle</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BBS Kaiserslautern Tech.</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>Ein ergänzendes Stellenanforderungsprofil liegt vor.</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Neustadt</td>
</tr>
<tr>
<td>BBS Koblenz Wirt.</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td></td>
<td>sofort</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>BBS Linz</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td></td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Koblenz</td>
</tr>
<tr>
<td>BBS Trier Baltasar-Neumann-Technikum</td>
<td>Studiendirektor/in zur Koordinierung schulfachl. Aufgaben (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>Ein ergänzendes Stellenanforderungsprofil liegt vor.</td>
<td>sofort</td>
<td>Trier</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Stellenausschreibungen an Studienseminaren**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Seminar</th>
<th>Ort</th>
<th>Bezeichnung der Stelle</th>
<th>Bes.Gr.</th>
<th>Zeitpunkt der Besetzung</th>
<th>Bewerbung an</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus</td>
<td>Wallertheim</td>
<td>Fachleiter/in für Englisch/ Mitbetreuung Bildende Kunst (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td>sofort</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus</td>
<td>Trier</td>
<td>Fachleiter/in für Katholische Religionslehre/ Mitbetreuung Deutsch (m/w/d)</td>
<td>A 14</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien</td>
<td>Kaiserslautern</td>
<td>Studiendirektor/in als Fachleiter/in für Deutsch (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>--------------------------------------------------</td>
<td>----------------</td>
<td>-----------------------------------------------------------</td>
<td>------</td>
<td>-----------</td>
<td>------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien</td>
<td>Kaiserslautern</td>
<td>Studiendirektor/in als Fachleiter/in für Erdkunde (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien</td>
<td>Kaiserslautern</td>
<td>Studiendirektor/in als Fachleiter/in für Philosophie/Ethik (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien</td>
<td>Speyer</td>
<td>Studiendirektor/in als Fachleiter/in für Berufspraxis (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien - Zweitausschreibung -</td>
<td>Koblenz</td>
<td>Studiendirektor/in als Fachleiter/in für Mathematik (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>15.01.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien</td>
<td>Landau</td>
<td>Studiendirektor/in als Fachleiter/in für Musik (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien</td>
<td>Speyer</td>
<td>Studiendirektor/in als Fachleiter/in für Musik (m/w/d)</td>
<td>A 15</td>
<td>01.08.2024</td>
<td>Ministerium für Bildung</td>
</tr>
</tbody>
</table>
II. Nichtamtlicher Teil

12. Alexandra-Lang-JugendKunstpreis
Rheinland-Pfalz 2024


Bewerberinnen und Bewerber schicken bis zum 12. März 2024 ihre Kunstartpe an die:
ALISA Stiftung
- JugendKunstpreis -
Am See 24
67549 Worms

Gerne auch ein Skizzenbuch beilegen. Alle Mappen werden nach Prüfung durch die Jury wieder zurückgeschickt.


Veranstalter: ALISA Stiftung und BDK Fachverband für Kunstpädagogik Rheinland-Pfalz

Koordination: Eberhard Grillparzer, E-Mail: info@jugendkunstpreis-rp.de
Informationen und Anmeldeformular unter www.jugendkunstpreis-rp.de

„Softdrink meets Software“ – neue Runde des Landesschwibewerbs „Leben mit Chemie“


Für die neue Runde sind die Aufgaben im November an die Schulen verschickt worden. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer reichen ihre Ausarbeitung bevorzugt online als PDF-Dokument oder alternativ per Post ein. Der Einsendeschluss hierzu ist der 18. März 2024. App geht’s!


Der Wettbewerb richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 bis 10 aller weiterführenden Schulen, gerade für den Unterricht in der Sekundarstufe I stellt die Förderung naturwissenschaftlicher Interessen und Begabungen eine große Herausforderung dar, wozu der Wettbewerb einen Beitrag leisten möchte.

Individuelle Medizin im Wohlfühlambiente

Die Oberberg Fachklinik Bad Tölz liegt südlich von München, zwischen Tegernsee und Starnberger See. Unsere Klinik steht für individuelle Medizin auf höchstem Niveau in einem gehobenen Wohlfühlambiente.

Wir bieten Ihnen ein umfassendes und ganzheitliches Behandlungsangebot in den Bereichen der Psychosomatik und Psychotherapie und behandeln folgende Beschwerden:

- Depression
- Berufs- und stressbedingte Störungen
  (Fokus: LehrerInnengesundheit)
- Schlafstörungen
- Zwangskrankungen
- Angsterkrankungen
- Schmerzstörungen

Wir sind für Sie da!

Oberberg Fachklinik Bad Tölz
Buchener Straße 17 / 83646 Bad Tölz
Tel. +49 8041 / 444 442 57
BadTolz@oberbergkliniken.de
www.oberbergkliniken.de
Redaktionsschluss für

die Januar-Ausgabe ist

am 05.01.2024